

## **Standpunkt der Offenen Bürgerliste Wachau zur neuen Gebührenkalkulation Abwasser**

Die Schaffung eines einheitlichen Entsorgungsgebietes für die Abwasserberechnung mit einheitlichen Gebühren scheint auf den ersten Blick durchaus sinnvoll im Sinne einer Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes. Nicht nachvollziehbar sind aber die Begründungen mit der Benutzung des Solidaritätsprinzips und bei einer Betrachtung des Sachverhaltrs aus historischer Sicht.

### Das Solidaritätsprinzip

Solidarität ist dort angebracht, wo sich Menschen unverschuldet in Not befinden oder wo sie selbst nicht voll leistungsfähig sind. Das trifft z.B. auf die Kranken- und Rentenkassen oder bei Naturkatastrophen zu. Das ist hier aber eindeutig nicht der Fall.

### Historische Betrachtung

Wir haben 2 getrennte Entsorgungsgebiete mit unterschiedlichen Gebühren, weil die Ortschaft Lomnitz nach ihrem Beitritt zu Wachau auf eine eigene Abwassergebührensatzung bestanden hat. Diese beinhaltete deutlich niedrigere Anschlußbeiträge als in den anderen Ortsteilen von Wachau und infolgedessen andere Verbrauchs- und Grundgebühren zur Refinanzierung der baulichen Anlagen. Diese Refinanzierung ist auch nach ca. 15 Jahren noch lange nicht abgeschlossen, da die veranschlagte Nutzungsdauer der Anlage ca. 80 Jahre beträgt.

Mit einer Vereinheitlichung der Gebührensätze wäre der in der Vergangenheit mit höheren Anschlußgebühren erkaufte Preisvorteil in den Ortsteilen Feldschlößchen, Leppersdorf, Seifersdorf und Wachau verloren. Das birgt ein Element der Ungerechtigkeit in sich und greift in das Privateigentum aller Grundstücksbesitzer ein. Deshalb sind wir gegen eine Vereinheitlichung der Entsorgungsgebiete.

## **Unser Antrag im Gemeinderat**

In der Gemeinderatssitzung vom 13.11.2013 beantragte die Offene Bürgerliste Wachau, die Beschlüsse zum Thema "Abwassergebühr" zu vertagen und sie zunächst nur öffentlich zu präsentieren und zu diskutieren.

### **Begründung:**

Alle bisherigen Beratungen zum Thema "Abwassergebühren" fanden ausschließlich in nichtöffentlichen Sitzungen - also hinter verschlossenen Türen statt. Eine Kommunikation zwischen der Gemeinde und den Bürgern zu dieser - alle betreffenden - Problematik war somit nicht möglich. Das widerspricht unserem Verständnis von Demokratie und Transparenz. Darum schlagen wir vor, die heutige Sitzung zur Beratung und Öffentlichmachung dieser Thematik zu nutzen.

Dieser Antrag fand keine Mehrheit im Gemeinderat. Alle CDU-Räte stimmten dagegen. Somit werden die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt.